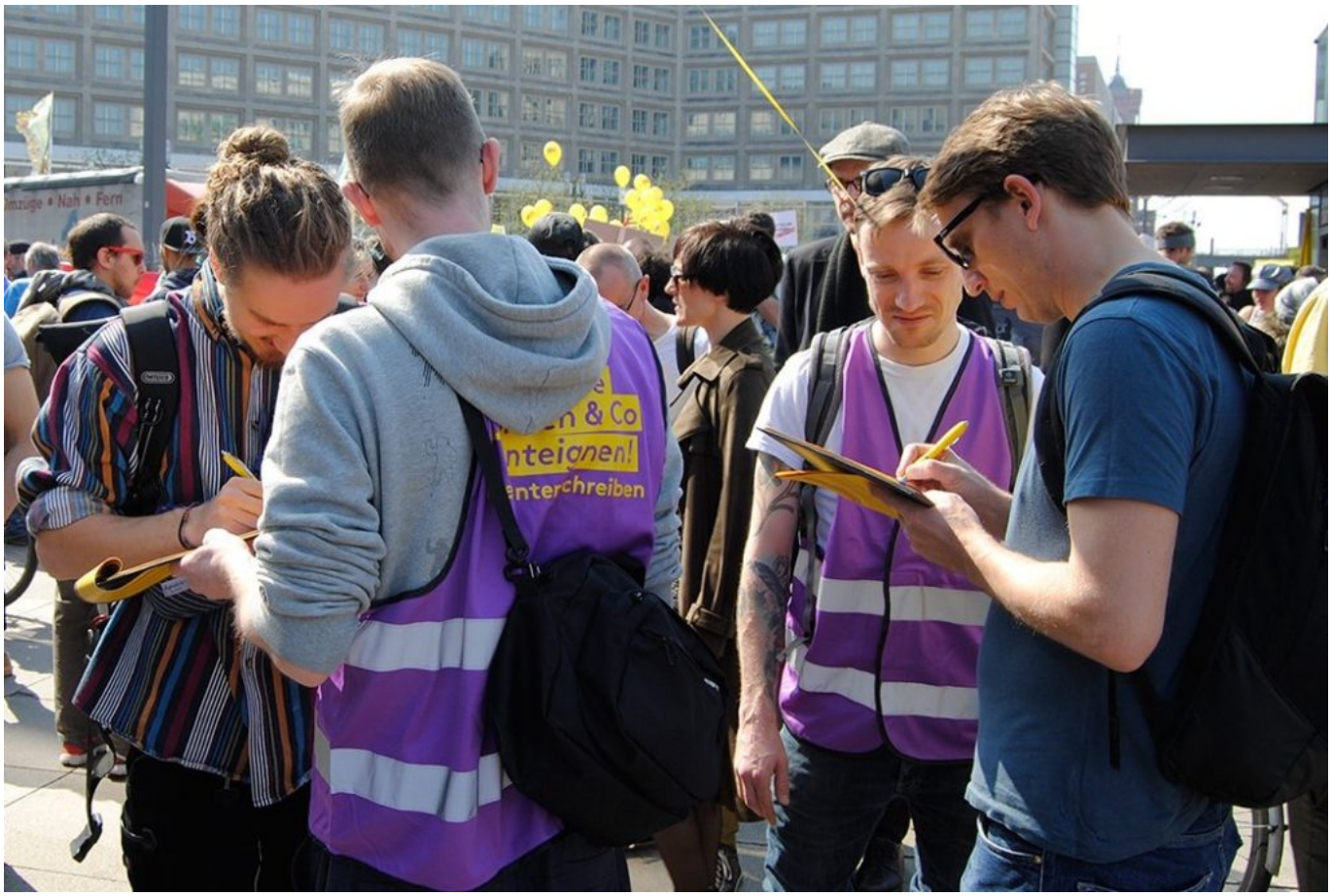
Mieterdemo Berlin






WIR BLEIBEN ALLE
Courage
EINER FÜR ALLE
ALLE FÜR EINEN


BERLIN
WEHRT
SICH!


WELCOME TO HELL
JUGEND BRAUCHT FREIRÄUME
#MIETENWAHNSINN
WERKSTATT

Berliner Morgenpost

AM SONNTAG

SONNTAG, 7. APRIL 2019 | Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE | Preis 2,10 Euro



Heute mit der neuen „Berliner Illustrirten Zeitung“

Die Sonntagsbeilage der Berliner Morgenpost erscheint im handlichen Tabloidformat - mit mehr Umfang, Rätselheft und Morgenpost-Tasting

Redaktionsschluss 21:00 Uhr | 14 | Nr. 95/14 W

Barack Obama ruft junge Europäer zu Engagement auf

BERLIN – Der frühere US-Präsident Barack Obama hat die jungen Menschen aufgerufen, sich in der Welt zu engagieren und sich einzumischen. Die Jugend sei aufgefordert, die Welt zu verändern, und „ihr könnt die Welt verändern“, sagte Obama am Sonnabend in Berlin vor 500 jungen Nachwuchsführungskräften aus ganz Europa. „Ihr lasst euren Großvater oder eure Großmutter auch nicht entscheiden, welche Kleider ihr tragen oder welche Musik ihr hören wollt. Warum lasst ihr sie dann bestimmen, in welcher Welt ihr leben sollt?“

Es war die erste Veranstaltung der Obama-Foundation in Deutschland. Obama und seine Frau Michelle hatten die Stiftung zum Ende seiner Amtszeit als US-Präsident gegründet. Sie soll jungen und engagierten Menschen in der ganzen Welt helfen, sich zu vernetzen und Lösungen für die drängendsten Probleme der Zukunft zu finden. Die Veranstaltung stellte den Endpunkt eines dreitägigen Besuchs Obamas in Deutschland dar. Seite 14

Berlin bildet mehr Lehrer aus, stößt aber an personelle Grenzen

BERLIN – Berlin sucht händeringend Lehrer. Um dieses Ziel zu erreichen wurden schon in den vergangenen Jahren mehr Anwärter fürs Lehramtsstudium zugelassen. Im vergangenen Wintersemester gab es an den vier Berliner Universitäten – Freie (FU), Technische (TU), Humboldt-Universität (HU) sowie die Universität der Künste (UdK) – zusammen 3150 Studienplätze für Erstsemester, deutlich mehr als in den Jahren zuvor.

In diesem und im kommenden Jahr sollen jeweils noch einmal so viele dazukommen. Plan ist, dass 2022 berlinweit 2000 Absolventen an die Schulen kommen, im Vergleich zum aktuellen Stand also mehr als eine Verdopplung. Doch die personellen und räumlichen Kapazitäten reichen offenbar nicht in allen Fächern aus, um den Ansturm zu bewältigen. So zeigt sich bei einigen Studenten schon im ersten Semester, dass sie ihren Bachelor nicht, wie es die Regelstudienzeit vorsieht, in sechs Semestern schaffen werden. Seiten 2 und 10



Der Demonstrationszug gegen steigende Mieten vom Bündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn auf der Karl-Marx-Allee. FOTO: CHRISTOPH SOEDER/DPA

35.000 demonstrieren gegen hohe Mieten

Proteste auch in anderen Städten. In Berlin startet zugleich Volksbegehren zur Enteignung von Wohnungskonzernen

DOMINIK BATH

BERLIN – Zahlreiche Menschen sind am Sonnabend in Berlin für bezahlbaren Wohnraum und gegen Mietwucher auf die Straße gegangen. Die Demonstranten versammelten sich am Mittag auf dem Alexanderplatz und zogen dann Richtung Friedrichshain und Kreuzberg. Am Nachmittag erreichte der Demonstrationszug auch die Arena Berlin in Treptow, wo zeitgleich eine Immobilienmesse stattfand. Zu der Demonstration hatten mehr als 280 Initiativen aufgerufen. Die Veranstalter sprachen von mehr als 35.000 Teilnehmern. Die Polizei wollte keine konkrete Teilnehmerzahl nennen, sprach aber von einer Größenordnung „weit über 30.000“.

Auch in Städten wie München, Köln, Dresden, Göttingen und Hannover protestierten Menschen gegen steigende Mieten. Das Protestbündnis von Mietervereinen und weiteren Initiativen sprach von Demonstrationen in 19 Städten mit insgesamt 55.000 Teilnehmern.

Am selben Tag startete in der Hauptstadt ein bundesweit einmaliges Volksbegehren zur Enteignung von großen Wohnungskonzernen. Auf dem Alexanderplatz sammelten Menschen in violetten Westen Unterschriften, auf Holztischen lagen Listen zum Unterschreiben aus. Das Volksbegehren fordert, dass Unternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen enteignet werden. Das Land Berlin soll die Wohnungen den Firmen zwangsweise abkaufen. Vor allem der Konzern Deutsche Wohnen steht im Fokus der Initiative. Das börsennotierte Berliner Unternehmen besitzt in der deutschen Hauptstadt rund 111.000 Wohnungen und steht wegen seines Umgangs mit Mietern häufig in der Kritik. Vor dem Start des Volksbegehrens hatten Wirtschaftsverbände, Politiker und der Bund der Steuerzahler vor der Enteignung großer Wohnungsunternehmen gewarnt. Ein Hauptargument ist, dass dadurch kein neuer Wohnraum entstehen würde.

Für das Volksbegehren sind in einer ersten Stufe innerhalb von sechs Monaten 20.000 Unterschriften nötig. Dass das erreicht wird, gilt als sicher. Wenn das Landesparlament die Inhalte des Begehrens nicht umsetzt, braucht die Initiative in einer zweiten Stufe die Unterschriften von mindestens sieben Prozent der Wahlberechtigten, also rund 170.000. Gelingt das, folgt ein Volksentscheid. Rouzbeh Taheri, Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, zeigte sich am Sonnabend zufrieden mit dem Start der Unterschriftenaktion. „Die Mieter-Bewegung in Berlin wehrt sich, sie ist vielfältig und geht quer durch die Gesellschaft. Ich glaube, dass der Druck Wirkung zeigt“, sagte Taheri am Rande der Demonstration der Berliner Morgenpost.

Kritik der FDP, Koalition ist uneins

Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus kritisierte hingen Demonstration und Volksbegehren. „Diese Mieten-Demo setzt die falschen Signale und spielt bewusst mit den Ängsten der Menschen dieser Stadt“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Sebastian Czaja, am Sonnabend. Wirkungsvoller wäre ein Aufschrei für eine Neubau-Offensive und mehr genossenschaftliches Wohnen in Berlin. Die Initiatoren des Volksbegehren förderten aber weitere Verknappung von Wohnraum und die Ausgrenzung von Menschen, so Czaja. „Wer klaut statt baut, gefährdet die Zukunft unserer Stadt und den sozialen Frieden“, sagte der Politiker.

Im rot-rot-grünen Senat sind die Linken für das Volksbegehren. Die Grünen wollen sich in der Enteignungsdebatte noch Zeit für eine Position lassen. Landeschefin Nina Stahr sagte am Sonnabend auf dem Landesparteitag, dass das Thema zu komplex sei, als dass es eine einfache Antwort geben könnte. Die SPD hat sich auch noch nicht festgelegt. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist gegen Enteignungen.

Auch Berlins Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) zählte am Sonnabend zu den Demonstranten. Lompscher teilte auf Anfrage der Berliner Morgenpost mit: „Ich nehme, wie schon bei der letzten großen Mietendemonstration, als Privatperson an der Veranstaltung teil. Das Anliegen kommt aus der Mitte der Berliner Stadtgesellschaft, als große Anhängerin der direkten Demokratie werde ich mich deshalb nicht an die Spitze der Bewegung stellen. Die Debatte rund um das Volksbegehren sehe ich jedoch als wichtigen Beitrag zum Umgang mit der Wohnungsfrage als eine der zentralen sozialen Frage unserer Zeit.“ Seiten 2 und 12

morgenpost.de

Nachrichten rund um die Uhr

FUSSBALL-BUNDESLIGA

Bayern deklassiert den BVB und kehrt an die Spitze zurück

Der FC Bayern München hat das Spitzenspiel gegen Borussia Dortmund nach einer meisterlichen Vorstellung am Sonnabendabend klar für sich entschieden und wieder die Tabellenführung in der Fußball-Bundesliga übernommen.

Bayern München – Borussia Dortmund	5:0
Hertha BSC – Fortuna Düsseldorf	1:2
Schalke 04 – Eintracht Frankfurt	1:2
Bayer Leverkusen – RB Leipzig	2:4
VfB Stuttgart – 1. FC Nürnberg	1:1
VfL Wolfsburg – Hannover 96	3:1

Weitere Berichte auf den Seiten 27 und 28

ANZEIGE

Aye-Bau
Das Massivhaus.
www.aye-bau.de

GLÜCKSZAHLEN AM SONNABEND

Lotto:	12	21	23	32	41	42	
Superzahl:	3						
Spiel 77:	4	2	3	3	9	4	8
Super 6:	1	9	7	1	3	0	

Alle Angaben ohne Gewähr

GEMÄLDE

Schwierige Suche nach dem richtigen Bild fürs Kanzleramt

Nach der Rückgabe von Gemälden des NS-belasteten Malers Emil Nolde aus den Arbeitsräumen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) stehen nun auch die als Ersatz genannten Werke des Expressionisten Karl Schmidt-Rottluff in Frage. „Es ist noch keine definitive Entscheidung gefallen“, hieß es dazu am Sonnabend bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Leihgeberin. Von Schmidt-Rottluff sind aus der Zeit des Ersten Weltkriegs antisemitische Äußerungen bekannt, das

Wütende Mieter ziehen durch Berlin

35.000 Menschen protestieren gegen Verdrängung. Demonstration führt bis zu einer Immobilienmesse. Enteignungs-Volksbegehren gestartet

DOMINIK BATH

Es ist kurz vor 12 Uhr, als sich Michael Prütz noch einmal eine Zigarette anzündet. Dann greift der Mann mit der karierten Mütze zu seinem Megafon und ruft: „Es ist High Noon, ab jetzt unterschreiben beim Stand ‚Deutsche Wohnen und Co. enteignen'. Unterschreibt. Wir werden das gewinnen." Prütz ist zweiter Sprecher der Initiative, die das Eigentum großer Firmen mit mehr als 3000 Wohnungen verstaatlichen möchte. Am Sonnabend spricht er auf dem Alexanderplatz vor einem großen Publikum.

Rund 35.000 Menschen sind nach Angaben der Veranstalter dem Aufruf der etwa 280 Initiativen gefolgt, gegen steigende Mieten und Verdrängung zu demonstrieren. Gleichzeitig startet auch die Unterschriftenaktion zum Volksbegehren „Deutschen Wohnen und Co. enteignen", für die Prütz so eifrig wirbt. Auf Holztischen, nur ein paar Meter hinter Michael Prütz, liegen zahlreiche Unterschriftenlisten aus. „Das wird der Renner", sagt Prütz nach ein paar Minuten. Ziel der Initiative ist es, zunächst 20.000 Unterschriften zu sammeln.

Kreuzberger Ehepaar fürchtet Kündigung

Angelika (68) und Mario (69) Wirtz zählen zu den ersten Berlinern, die unterschrieben haben. Die Rentner wohnen in Kreuzberg. Für ihre 100 Quadratmeter Altbau-Wohnung zahlen sie etwa 800 Euro Warmmiete. Das Ehepaar Wirtz kann eine Geschichte erzählen, die wohl viele der Mitdemonstranten so ähnlich schon mal gehört haben: Seit fast 45 Jahren wohnen Angelika und Mario Wirtz nun schon in dem Haus im Bergmannkiez. Zunächst gehörte das Objekt einem Investor aus Bayern, mittlerweile aber ist der Konzern Deutsche Wohnen Eigentümer. Alle drei Jahre haben die Eheleute seitdem eine Mieterhöhung von 15 Prozent im Postkasten – und sie haben Angst. „Wir rechnen damit, dass wir bald eine Kündigung bekommen", sagt Mario Wirtz, der vor seinem Ruhestand als Informatiker gearbeitet hat.



Kreativer Protest: Tausende Berliner gehen am Sonnabend gegen hohe Mieten auf die Straße. FOTO: FABRIZIO BENSCH/REUTERS



Polizisten nehmen einen Besetzer eines leerstehenden Ladens an der Wrangelstraße fest. FOTO: DPA

Das Ehepaar geht nicht das erste Mal gegen steigende Mieten auf die Straße. Auch als die Demonstration im vergangenen Jahr durch Berlin zog, waren sie dabei, ebenso bei der Kundgebung im Herbst, als im Kanzleramt der Wohngipfel stattfand. „Ich hätte nicht gedacht, dass ich in meinem Alter nochmal zu Demonstrationen gehe. Aber nun treibt es uns raus", sagt Mario Wirtz. Unter den Demonstranten ist auch Veikko Schmohl, der die Kleiderkammer der Berliner Stadtmission leitet. Schmohl hatte jahrelang in einer Ein-Zimmer-Wohnung gelebt, zahlte zuletzt dafür 800 Euro. Nach einer weiteren Mieterhöhung gab er auf. „Meine Lebensgefährtin und ich wurden aus Prenzlauer Berg vertrieben, weil wir uns die Miete nicht mehr leisten können", klagt er. Zwischenzeitlich habe er nicht mehr gewusst, wer eigentlich sein Vermieter ist, weil so häufig der Eigentümer gewechselt habe, erzählt der 29 Jahre alte Schmohl. Auch er hat am Sonnabend das Volksbegehren unterschrieben.

Mittlerweile haben auch die zahlreichen Initiativen das Wort ergriffen. „Interessen und Luxus einer Minderheit dürfen nicht mehr zählen als soziale Gerechtigkeit", sagt etwa eine junge Frau mit französischem Akzent. Dafür gibt es Applaus auf dem Alexanderplatz. „Wir fordern einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Wohnen als Menschenrecht soll garantiert werden", so die Frau weiter. Daneben werden dem lauschenden Publikum auch echte Horrorgeschichten erzählt. Zum Beispiel die eines börsennotierten Immobilienunternehmens. Es habe in einem Bezirk ein Haus erworben und entmietet dieses seitdem. 60 Prozent der Wohnungen stehen derzeit leer, sagt ein Redner. Gegen eine Mieterin, die die Praxis der Firma öffentlich anprangerte, sei das Unternehmen juristisch vorgegangen.

Applaus, Forderungen und Horrorgeschichten

Der Protest ist aber vor allem kreativ. Ein Künstler, verkleidet als Miethai, bahnt sich seinen Weg durch die Demonstranten. Bunte Schilder wie „Berlin-Monopoly: nein danke" oder „Mieter – Melkkuh für Aktionäre" säumen die Straße. Zunächst geht es über die Karl-Marx-Allee Richtung Kreuzberg, wo Aktivisten an der Wrangelstraße einen leerstehenden Gemüseladen besetzen. Nach Angaben des Bündnisses „#besetzen" wird das Geschäft mittlerweile für das sechsfache der ursprünglichen Miete angeboten. Am Nachmittag erreicht die Kundgebung die Arena Berlin in Treptow. Dort begegnen die Mieter dann gewissermaßen ihrem Feindbild: In der Veranstaltungsstätte findet die Berliner Immobilienmesse statt, zu der auch Investoren erwartet werden. Zum Aufeinandertreffen kommt es nicht. Bis vor den Eingang darf der Zug aus Sicherheitsgründen nicht gehen.

Kommentar

Handeln statt demonstrieren

Senat sollte endlich anfangen, Wohnungen zu bauen

JENS ANKER

Wer 35.000 Menschen auf die Straße bringt, der trifft mit seinem Anliegen einen Nerv der Stadt. Viele Berliner haben angesichts der rasant steigenden Mieten die Sorge, sich bald die eigene Wohnung nicht mehr leisten zu können, und immer mehr junge Menschen haben Probleme, überhaupt eine geeignete Wohnung zu finden. Die Demonstration gegen Mietenwahnsinn am Sonnabend hat gezeigt, wie ernst die Lage ist.

Seit nunmehr zehn Jahren ist bekannt, dass es in Berlin an Wohnungen fehlt; unter anderem, weil jedes Jahr deutlich mehr Menschen in die Stadt ziehen als sie verlassen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt. Der Berliner Senat hat es aber versäumt, rechtzeitig dagegen vorzugehen. Alle Appelle, endlich mehr landeseigene Wohnungen zu bauen, um so auf die Entwicklung der Mieten einwirken zu können, verhallten nahezu ungehört.

Das fällt den Regierenden jetzt auf die Füße. Es mutet hilflos an, wenn Vertreter von SPD, Grünen und Linken nun versuchen, die Stimmung aufzugreifen und sich an der Demonstration beteiligen, sind sie doch – wie die beiden Senate davor – verantwortlich für die herrschende Wohnungsnot.

Wie sehr der Senat die Stimmung in der Stadt unterschätzt hat, zeigt auch, dass sogar ein Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen Aussichten hat, erfolgreich zu verlaufen. Enteignungen lösen aber kein einziges der derzeit bestehenden Probleme. Es handelt sich um teure Symbolpolitik.

Statt sich also mit den Demonstranten vermeintlich zu verbünden, sollte der Senat endlich das umsetzen, was schon lange dringend notwendig ist: Den Neubau von Wohnungen voranzubringen. Schon längst hätten die dafür notwendigen Flächen identifiziert und erschlossen werden können. Dass das bislang nicht geschehen ist, ist ein andauernder Skandal.

Seite 12

Zitat des Tages

1242 Tage vom Spatenstich bis zur Fertigstellung. Liebe Berliner: Ich habe das Wort Flughafen nicht in den Mund genommen

Bodo Ramelow (Linke), Thüringens Ministerpräsident, bei der Eröffnung des neuen Bauhaus-Museums Weimar